

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, 22.02.2007
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:35 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Oberbürgermeister
Brinkmann, Alwin

Vorsitzender
Kleinschmidt, Heinrich Dr.

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd
Burfeind, Heidrun
Davids, Walter
Gosciniak, Heinz
Götze, Horst
Grix, Helga
Haase, Hans-Dieter
Jahnke, Horst
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Pohlmann, Marianne
Scheffel, Enno
Schulze, Kai-Uwe
Slieter, Ihno
Stöhr, Friedrich
Strelow, Gregor
Südhoff, Johann
Swieter, Benjamin
Wessels, Johann

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hegewald, Reinhard
Hoffmann, Monika
Odinga, Hinrich
Orth, Petra
Risius, Andrea
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Bolinus, Erich
Bolinus, Rolf

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Eilers, Hillgriet
Fooker, Ralf
Hoofdmann, Erwin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd
Schild, Walter
Stolz, Wulf-Dieter

Fraktion DIE LINKE.

Graf, Wilfried
Koziol, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas Stadtbaurat
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Mansholt, Dieter
Schmidt, Heinz-Bernhard

Protokollführung

Rauch, Agnes

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 41 Ratsmitglieder anwesend. Anschließend gratuliert er Frau Risius zu ihrem Geburtstag.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 19 und 35, Vorlage 15/0186 „Überführung des Regionalen Umweltzentrums Ökowerk Emden in die Trägerschaft der in Gründung befindlichen Bürgerstiftung Ökowerk Emden“ und Vorlage 15/0118 „Petkumer Deichvorland; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2006“ im Fachausschuss an die Fraktionen verwiesen worden seien und damit von der heutigen TO zurückgestellt würden.

Herr E. Bolinius bittet im Namen der FDP-Fraktion um Verweisung des Tagesordnungspunktes 36, Vorlage 15/0201 „Durchführung einer jährlichen kostenlosen Sperrgutabfuhr, Antrag der FDP-Fraktion v. 25.01.2007“ in den Werksausschuss.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Rates am 14.12.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Rates am 14.12.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Janßen erkundigt sich, warum die Stadt Emden die Wohnungen an die Gewoba verkaufe. Seines Erachtens sei dies der erste Weg in die Privatisierung und auf jeden Fall ein Nachteil für die Mieter. **Herr Lutz** verweist auf seine bereits in den Fachausschüssen mehrfach erteilten Antworten zu dieser Frage. **Herr Brinkmann** erläutert, dass die Gewoba eine 100 %ige Tochter der Stadt Emden und der Verkauf der Wohnungen an die Wohnungsbaugesellschaft auf jeden Fall sinnvoll sei.

Herr Raveling möchte wissen, wie man zu der Verkaufssumme von 1,5 Mio. € gekommen sei und wer diesen Preis festgelegt habe. Er erläutert die Differenz zwischen Mieteinnahmen, Zins und Tilgung. **Herr Brinkmann** erwidert, bezüglich der Bewertung der Wohnungen hätte eine Verhandlung zwischen dem Kämmerer der Stadt Emden und der Gewoba stattgefunden.

Herr Falkenroth stellt eine Frage bezüglich der ARGE Emden. Er wird darauf hingewiesen, dass nur Fragen zur heutigen TO gestellt werden dürften.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Änderung Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Emden GmbH;
Vorlage: 15/0194

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Vorlage abstimmen. Der Beschluss ergeht einstimmig. Anschließend bittet er die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Benennung einer Person. **Herr Stolz** schlägt Herrn Renken vor. Herr Renken wird berufen.

Die Fraktion Die Linke teilt mit, dass der Vorschlag, Herrn Koziolk zu benennen, nicht geändert werden solle.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Emden GmbH in § 8 Abs. 7 Satz 3 mit folgender Fassung:

„Weiterhin sind Ratsfraktionen und Gruppen, welche bei der Benennung der stimmberechtigten Mitglieder nicht berücksichtigt werden konnten berechtigt, je ein beratendes Mitglied aus der Mitte des Rates zu benennen.“

zuzustimmen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Änderung Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH;
Vorlage: 15/0195

Herr Dr. Kleinschmidt lässt über die Vorlage abstimmen. Der Beschluss ergeht einstimmig. **Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, teilt mit, dass der Vorschlag, Herrn Renken, zu benennen, nicht geändert werden solle. **Die Fraktion Die Linke**, schlägt Herrn Graf vor. Herr Graf wird berufen.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH werden beauftragt, der Änderung des Gesellschaftsvertrag der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in § 8 Abs. 7 Satz 3 mit folgender Fassung:

„Weiterhin sind Ratsfraktionen und Gruppen, welche bei der Benennung der stimmberechtigten Mitglieder nicht berücksichtigt werden konnten berechtigt, je ein beratendes Mitglied aus der Mitte des Rates zu benennen.“

zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Bildung des Integrationsrates der Stadt Emden
Vorlage: 15/0199

Beschluss:

Die nachfolgend aufgeführte Besetzung des Integrationsrates der Stadt Emden wird festgestellt:

Dr. Hassan Aboughalma, Frankenstraße 11, 26723 Emden
Woldemar Hering, Mühlenstraße 84, 26725 Emden
Edvija Imamovic, Neuer Markt 11, 26721 Emden
Soghra Janssen, Münsterstraße 4, 26723 Emden
Nana Kersten, Baltrumstraße 7, 26725 Emden
Abdou Ouedraogo, Wilhelm-Hauff-Straße 12, 26721 Emden
Vera Trupp, Gustav-Mahler-Straße 3, 26721 Emden

Ersatzbewerber sind:

Wera Baljuls, Gustav-Freytag-Straße 1, 26721 Emden
Tamari Kersten, Baltrumstraße 7, 26725 Emden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Wahlvorschlag für die Wahl der nichtdinglichen Mitglieder des Landschafts- und Kulturbauverbandes Aurich
Vorlage: 15/0200

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass auch der Vertreter von der Stadt Emden gestellt werde. **Herr Haase** erklärt, die SPD-Fraktion schlage Herrn Johann Klokkers vor. Weitere Vorschläge werden nicht abgegeben. Herr Klokkers wird per Akklamation gewählt.

Als Vertreter schlägt **Herr Bongartz** im Namen der CDU-Fraktion Herrn Ihno Groeneveld vor. Weitere Vorschläge werden nicht abgegeben. Herr Groeneveld wird bei 6 Enthaltungen per Akklamation gewählt.

Beschluss:

Für die Wahl der nichtdinglichen Mitglieder des Landschafts- und Kulturbauverbandes Aurich wird vorgeschlagen:

Herr Johann Klokkers
Ihno Groeneveld (Vertreter)

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Feststellung des Maßes einer angemessenen Aufwandsentschädigung für Vertretungstätigkeiten in Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts
Vorlage: 15/0153

Beschluss:

Als Maß einer angemessenen Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts wird 600,-- € als jährliche Gesamtvergütung festgesetzt.

Für den Aufsichtsratsvorsitz wird als angemessenes Maß der jährlichen Gesamtvergütung 200 % der Höhe der Aufwandsentschädigung des entsprechenden Aufsichtsratsmitgliedes festgesetzt.

Für Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen wird als angemessenes Maß der jährlichen Gesamtvergütung 75 % der Höhe der Aufwandsentschädigung des entsprechenden Aufsichtsratsmitgliedes festgesetzt.

Bei Vertretungen der Stadt in anderen Organen der Unternehmen und Einrichtungen sowie kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten gelten der Höchstsatz nach Absatz 1 und die weiteren darauf bezogenen Regelungen entsprechend.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Erneute Ernennung des Stadtbrandmeisters Bernd Lenz zum Stadtbrandmeister
Vorlage: 15/0202

Beschluss:

Der Stadtbrandmeister Bernd Lenz ist mit Wirkung vom 05.04.2007 für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Stadtbrandmeister der Stadt Emden zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

TOP 11 Erneute Ernennung des stellvertretenden Stadtbrandmeisters Ingo Tuitje zum stellvertretenden Stadtbrandmeister
Vorlage: 15/0203

Beschluss:

Der stellvertretende Stadtbrandmeister Ingo Tuitje ist mit Wirkung vom 14.06.2007 für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Stadt Emden zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 12 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0073/1

Herr Brinkmann stellt die Position der Verwaltung dar und plädiert für eine sparsame Haushaltsführung. Er bedankt sich bei den Ratsmitgliedern und zollt ihnen Respekt, dass seitens des Rates versucht werde, den Haushalt mit einer großen Mehrheit zu verabschieden.

Herr Dr. Kleinschmidt verweist auf die Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion und erläutert in diesem Zusammenhang die neue Mikro-Anlage des Ratssaales, die jedem Redner signalisiere, wenn die Redezeit zu Ende ginge.

Herr Lutz erläutert, dass die Verwaltung in ihrem Investitionsverhalten auf einen Tiefstand gefallen sei, den die Verwaltung in diesem Jahr noch einmal durchhalten müsse. Derzeit schiebe die Stadt Emden ein Defizit aus den Vorjahren in Höhe von 10 Mio. € vor sich her. Dieses müsse zunächst abgebaut werden, bevor die Möglichkeit bestände, wieder tätig zu werden. Es freue ihn, dass im Finanzausgleich tatsächlich eine höhere Summe zur Verfügung stände. Diese gäbe der Stadt Emden Aussichten für das Jahr 2007. Bezüglich der Gewerbesteuern erinnert er daran, dass gerade kleinere Unternehmen deutlich stärker belastet seien. Es sei fraglich, ob dies tatsächlich der Wille des Bundestages sei.

Herr Dr. Kleinschmidt bittet Herrn Haase um Vortrag:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Erteilung des Wortes. Vielleicht gelingt es mir sogar heute, eine der kürzeren Haushaltsreden zu halten angesichts der langen, intensiven Diskussionen seit Einbringung des Haushaltes durch den Kämmerer. Mein ausdrücklicher Dank auch dafür, Herr Lutz, dass sie uns mit Material immer sehr intensiv ausgestattet haben. Einige Vorbemerkungen seien gestattet:

Zum einen glaube ich, dass es nicht ganz normal ist und wirklich immer wieder betont werden muss:

Wir haben es selbst im Kommunalwahljahr 2006 geschafft, einen einstimmigen Haushalt zu verabschieden. Dies ist fast eine einmalige Situation in Niedersachsen und deswegen hat die SPD-Fraktion von Anfang an daran angeknüpft zu versuchen, auch heute eine möglichst große Mehrheit für einen gemeinsamen Haushaltsbeschluss zu bekommen. Ob es am Schluss zu einem einstimmigen Beschluss kommen wird, bezweifle ich, aber ich hoffe, dass wir dann zumindest in der Zukunft wieder an diese gute Tradition anknüpfen können.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Die SPD-Fraktion hält fest an dem seit Jahren gefahrenen Konsolidierungskurs. Gerade angesichts deutlich besserer konjunktureller Daten mit seinen Folgen für den städtischen Haushalt dürfen und werden wir nicht eine Ausgabenflut produzieren, auch wenn der Zustand vieler Straßen, Wege und Gebäude dazu einlädt. Erstes Ziel bleibt die Reduzierung der Netto-Neuverschuldung auf „0“, die vielleicht schon im nächsten Jahr möglich sein könnte. Anschließend muss die Tilgung aufgelaufener Schulden auf der agenda stehen, um damit zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten und die kommunale Selbstständigkeit zu sichern und der Kommunal-aufsicht zu zeigen: Wir können es von allen am besten!

Zum Ablauf der HH-Beratungen:

Als der Kämmerer den HH-Entwurf eingereicht hat, lagen einige Bedingungen vielleicht noch gar nicht in der Tragweite und Erkennbarkeit vor, die sich im Laufe der Beratungen entwickelt haben.

Gewoba

Die Gewoba-Entwicklung war etwas, was erst im Zuge der Haushaltsentwicklung mit in die Diskussion kam. Angesichts der Zuschaueranfragen von vorhin möchte ich deutlich sagen: Es macht Sinn, nicht Immobilien auf der einen Seite in städtischer Hand und auf der anderen Seite in der Hand einer 100 %igen Tochter zu haben. Da muss man den Sach- und Fachverstand dieser, unserer eigenen 100 %igen Tochter auch nutzen, um dann eine vernünftige Verwaltung des Ganzen zu betreiben.

Steuereinnahmen

Die November-Steuereinschätzung hatte den HH-Plan schon überholt, so dass die Daten, als wir als SPD-Fraktion die Diskussionen aufnahmen, schon von einer deutlich positiveren wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch Steuereinnahmeentwicklung ausgingen. Die Landesregierung hat aufgrund der Mai-Steuerschätzung und ziemlich schlechter Annahmen im Dezember ihren Haushalt verabschiedet. Sie hat die November-Steuerschätzung dann genutzt, schon heute einen Nachtragshaushalt mit deutlich höheren Einnahmen anzukündigen, was dann ja auch zu dieser Ausschüttung des vorher vorenthaltenen oder genommenen Geldes aus dem Kommunalen Finanzausgleich geführt hat.

Kommunaler Finanzausgleich

Ich teile die Position des Deutschen Städtetages, weil in der Tat durch höchstrichterliche Rechtsprechung in mehreren Urteilen zum Kommunalen Finanzausgleich immer sehr deutlich festgestellt wurde, dass Fläche allein kein entscheidender Faktor sein kann. Und es kann nicht sein, dass in städtischen Ballungsgebieten mit ganz anderen zentralen Aufgaben auch für das Umland z. B. der gleiche Faktor angesetzt wird wie in der großen Fläche. Ob die einzelne Einwohnerveredelung dann immer zum absolut richtigen Ergebnis führt, mag dahingestellt sein. Die Diskussion - das kann ich zumindest für die SPD-Landtagsfraktion sicherstellen - findet zur Zeit statt und wird sicherlich auch in den nächsten Wochen Bestandteil der Landespolitik sein.

Als wir anfangen, war der Handlungsspielraum, den Sie uns gewährt haben, 300.000,- € Sehr schnell, Herr Lutz, haben wir Ihnen deutlich gemacht, dass das nicht wirklich Ihr Ernst sein kann, denn dieser Handlungsspielraum war erheblich zu klein. Bei einem Volumen von anfangs 120 Mio. € in der Ausgabe ist 300.000,- € als Bewegungsmasse sicherlich nicht gerade etwas, womit man die für die BürgerInnen erkannten Probleme wirklich angehen kann. Insoweit glaube ich, dass wir gut beraten waren, wesentliche Teile, die in ihrem Verwaltungsentwurf nicht enthalten waren, aufzuarbeiten.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Straßenunterhaltung

Die Straßenunterhaltung war mit „0“ angesetzt. Das kann angesichts der Zustände in unserer Stadt gar nicht sein.

Investitionen in die Nordseehalle

Die Investitionen in die Nordseehalle waren nicht vorgesehen. Ich glaube, wer dort in den Toilettenbereich kommt und sieht, wie diese z. B. bei größeren Betriebsratsversammlungen oder anderen Events genutzt werden, weiß, dass diese Investitionen sich dort ganz schnell bezahlt machen werden und notwendig sind, um die Attraktivität auf Dauer zu steigern. Wir investieren da auch in den Werterhalt unserer eigenen Anlagen. Das gleiche gilt im übrigen für das mit Milionenaufwand erstellte renovierte, sanierte Landesmuseum des Rathauses am Delft.

Schulsanierung

Bei der Schulsanierung war uns mit „0“ auch etwas wenig gedient. Insoweit besteht u. E. auch dort hoher Handlungsbedarf.

Dies gilt auch für kleinere Posten, wie z. B. das Kinder- und Jugendtelefon, welches sich in Emden wirklich bewährt hat.

Deshalb haben wir einen Änderungskatalog aufgestellt, der mit den anderen Fraktionen abgeprochen und teilweise auch mit den Wünschen und begründeten Argumenten erweitert wurde. Insgesamt ergab sich nach den Beratungen ein gemeinsamer Änderungsantrag von SPD, CDU und FDP mit einem Volumen von ca. 1,7 Mio. €, der dann ja auch der Stadt Emden zugeleitet worden ist. Die Verwaltung hat diesen sogar noch auf 1,9 Mio. € erhöht. Angesichts des HH-Gesamtvolumens von nun 122 Mio. € in der Ausgabe ist dies ein relativ geringer Anteil an Veränderungsmasse (etwas über 1% des Volumens). Das zeigt, dass im Kern die Verwaltung einen sehr guten Entwurf vorgelegt hat, der viele Dinge enthält, die für unsere Stadt ganz wichtig sind. Leider wird über diese unstrittigen Bereiche in HH-Beratungen ja nie gesprochen, aber ob es um Jugendförderung, soziale Leistungen oder ähnliches geht: Diese unstrittigen Teile enthalten vieles, was uns allen wichtig ist.

Den Änderungskatalog finanzieren wir im wesentlichen aus den Verkaufserlösen städtischer Immobilien an die Gewoba. Ich glaube, die Regelungen, die wir auch vertraglich vereinbart haben in Sachen Mieterrechte, werden niemanden schlechter stellen, bringen aber mehr Klarheit in das ganze städtische Immobilien-Management.

Stolz darauf sind wir auch in dieser Haushaltsdiskussion, die kommunalen Steuern nicht zu erhöhen.

Strassenneubausatzung

Die Kommunalaufsicht hat natürlich ähnlich wie Rechnungsprüfungsämter und Landesrechnungshofe ständig ihren Nachweis zu erbringen. Dies kann sie nur, indem sie gute Vorschläge macht, die man annehmen kann oder nicht. Souverän auch in Sachen der Straßenneubausatzung ist der Rat der Stadt Emden und ich kann es beim besten Willen nicht einsehen, dass wir – und wenn ich jetzt ein aktuelles Beispiel nehme, am Beispiel Tholenswehr, wo wir sechs verschiedene Arten von Verträgen haben – in Zukunft mit einer Straßenneubausatzung einen Rechtszustand erzeugen, der keine Rechtssicherheit mehr gibt. Weil nämlich jemand, der eine alte Immobilie in einer Straße kauft, nie weiß, ob da nicht irgendwann mal eine Straße gebaut wird und damit neue Kosten auf ihn zukommen. Ich denke mir, soweit wir in der Lage sind, die Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Stadt wirklich eigenverantwortlich zu lenken, sollten wir auf

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

eine Straßenneubausatzung verzichten. Mit der SPD wird es derzeit dazu keine Mehrheit geben.

Dennoch gelingt mit diesem Haushaltsentwurf die Reduzierung der Netto-Neuverschuldung um immerhin 2,299 Mio. €. Dies ist meines Erachtens gegenüber dem Entwurf eine ganz erträgliche Zahl und natürlich im wesentlichen beruhend auf der Kommunalen Finanzausgleichsentscheidung der Landesregierung, wobei ich auch hierzu noch einmal wieder sagen muss: Wenn man im Dezember zunächst einmal den Kommunen 150 Mio. € sozusagen vorenthält und anschließend 75 Mio. € wieder auskehrt, dann ist das ein schöner Taschenspielertrick, der vielleicht überall im Lande Jubel auslösen soll, aber bei näherem Hinterfragen sehr deutlich macht, dass hier letzten Endes den Kommunen insgesamt Geld vorenthalten wird.

Die SPD-Fraktion beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Zahlen allerdings durchaus positiver als es hier seitens der Verwaltung zum Ausdruck kommt, so dass wir davon ausgehen, dass sich die Einnahmesituation schon auch in den Steuern dann besser darstellt, als wir heute erhoffen können. Insoweit wäre eine Erhöhung dieser Ansätze, auch wenn es noch nie passiert ist, nicht ein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung, sondern eine eigenständige Einschätzung einer durchaus verantwortbar handelnden Fraktion gewesen.

Allerdings will ich hier auch klarstellen: Weitere zusätzliche Einnahmen gehen nach unserem Willen in die Reduzierung der Netto-Neuverschuldung!

Wir werden – auch das ist leider klar geworden in den Diskussionen der letzten Tage - einen HH-Antrag heute beschließen, der bei einigen Posten nicht immer absolut letzte Klarheit gibt. So haben wir bewusst mehrere Posten in unserem gemeinsamen Beschluss bis zur Vorlage eines Konzeptes gesperrt. Ich denke, das ist auch gut so, denn wir können nicht Geld zur Verfügung stellen und nicht wissen, was tatsächlich damit gemacht wird. Dies betrifft solche Dinge wie den Jugendtreff Harsweg, den wir als notwendig in der Sanierung ansehen oder die Toilette auf dem Friedhof Tholenswehr.

Auch der seit Jahren mit der Barenburger Bürgerschaft diskutierte Küchenanbau im Paulus-Kindergarten fand mit 42.000,- € Aufnahme, nachdem viel Korrespondenz, massiver Einsatz und zuletzt Gespräche mit Eltern und Träger stattgefunden haben. Diese so genannte kleine Lösung basiert mit seinem Ansatz allerdings auch eher auf groben Schätzungen. Erst nach der von uns für den nächsten JHA eingeforderten Vorlage eines belastbaren Konzeptes sollten hier abschließend die Entscheidungen getroffen werden. Insoweit beantragen wir hier ebenfalls die Sperrung bis zur Vorlage eines abstimmungsfähigen Konzeptes. Angesichts der nunmehr dreijährigen Diskussion um dieses Thema, der gesammelten Spenden und der eindeutigen Stellungnahme der Beteiligten, sollten wir uns diese Zeit lassen, um wirklich das Beste, allerdings auch das Beste im PreisLeistungsverhältnis für diesen Teil Barenburgs zu schaffen.

Ich komme zum Schluss: Ich glaube, hier liegt ein Haushaltentwurf vor, der erneut konsolidiert, der finanzpolitisch verantwortbar ist und der allein in Richtung Kinder, Jugend und Bildung viel zusätzliches Geld zur Verfügung stellt. Ich denke, das entspricht genau eines der zentralen Hauptleitzielen, die wir uns selbst gemeinsam gegeben haben. Auch die Förderung ehrenamtlichen Engagements, ob beim Bunkerbau Conrebbi oder in der Seniorenarbeit findet ihren Niederschlag. Die Forderung eines sportpolitischen Konzeptes wird auf den Weg gebracht! Insgesamt ist dies unserer Meinung nach ein guter Haushalt, in dem sich fast jeder wieder findet, mit den Änderungen, die gemeinsam getragen werden. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls zustimmen! Ich hoffe, dass sich vielleicht auch noch die anderen Parteien anschließen können. Das wäre ein gutes Signal!“

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Haase für seinen Vortrag und erteilt **Herrn Bongartz** das Wort:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, verehrte Gäste, unsere Vorfahren in der Stadt Emden haben es uns ins Hafentor eingemeißelt und nicht nur für schwierige Zeiten eine weise Botschaft hinterlassen:

concordia res parvae crescunt

Frei übersetzt heißt dies: Einigkeit lässt kleine Dinge wachsen. Genau dieser Botschaft sind die Mitglieder des Rates bei den Haushaltsberatungen des Jahres 2007 auch gefolgt. CDU, SPD und FDP – leider ist es nicht zu dem großen Konsens gekommen, daran werden wir beim nächsten Mal arbeiten müssen - haben sich in einem guten Konsens darauf geeinigt, im Haushalt 2007 fast zwei Mio. € im wesentlichen für dringende Investitionen zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Bedenkt man die schwierige Finanzlage, in welcher sich neben vielen anderen Städten auch die Stadt Emden befindet, so ist dies eine großartige Leistung. Bedenkt man, dass der Kämmerer in seiner ihm innewohnenden Sparsamkeit den Fraktionen nur 300.000 € zur Verfügung stellen wollte, so sind die nunmehr zur Verfügung stehenden ca. zwei Mio. € der Beweis dafür, dass Einigkeit kleine Dinge wachsen lässt.

Ich finde das Zusammenwirken der Fraktionen auch deshalb erwähnenswert und bemerkenswert, weil es im weiten Umfeld unserer Regionen hier nichts Vergleichbares gibt. So wie wir miteinander umgehen im Rat – auch zu schwierigen Zeiten – ist meiner Meinung nach beispielhaft und bringt viel Positives hervor. Nun aber zu den Kernbereichen der Haushaltssatzung:

Erst mit dem Verkauf der städtischen Wohnungen an die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gewoba hat sich der Rat die finanziellen Spielräume geschaffen, die er für Investitionen dringend benötigte. Diese Verfahrensweise ist zwischenzeitlich auch unstrittig und war im Prinzip organisatorisch auch dringend geboten. Es macht einfach keinen Sinn, städtische Wohnungen zu haben, sie zu bewirtschaften und daneben noch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu haben. Es gehört eben alles zusammen! Konsequenterweise haben wir das getan. Wir hätten vielleicht auch noch viel mehr für die Wohnungen bekommen können, aber genau das wollten wir ja nicht. Denn es sollte ja so sein – und das ist auch ja der Konsens – dass die Menschen, die in diesen Wohnungen wohnen, darauf vertrauen können, dass sie zu den gleichen Bedingungen dort weiter wohnen können.

Auf diese Weise konnte der Rat der Stadt Emden nämlich eindeutig unter Beweis stellen, dass die Beratung und Verabschiedung des Haushaltes im Kern ausschließlich Sache des Rates ist. Die Gestaltung der Haushaltssatzung macht den Rat erst zu dem kreativ handelnden Gremium, welches die Bürger zu diesem Zwecke auch gewählt haben.

Ich möchte an dieser Stelle nun nicht mehr im einzelnen auf all die Haushaltsstellen eingehen, welche die großen Fraktionen in Einigkeit nachträglich in die Haushaltssatzung eingebracht haben, da dies in den Finanzausschusssitzungen und den öffentlichen Bekundungen schon hinreichend geschehen ist. Mir kommt es nur noch darauf an, die wesentlichen Aspekte nochmals besonders herauszustellen:

Dabei geht es der CDU-Fraktion ganz vorrangig um die Sanierung unserer in weiten Teilen maroden innerstädtischen Straßen. Mit ca. 800.000 € zusätzlichen Mitteln wird der ursprüngliche Ansatz im Etat fast noch mal verdoppelt. Das ist genau der richtige Weg, das erwarten die Bürger auch von diesem Gremium. Mit der Festlegung, dass bei der Prioritätenliste die Osterstraße ganz oben steht, ist die CDU-Fraktion sehr zufrieden. Wir erkennen auch die Prioritätenliste

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

insofern an. Wir hoffen natürlich, dass neben dem Baubeginn in 2007 noch eine Anzahl anderer Straßen in einen ordentlichen Zustand versetzt werden kann. Ich möchte aber auch jetzt schon ankündigen, dass die CDU-Fraktion in dieser Ratsperiode auch noch die Sanierung der Wolthuser- und Uphuserstraße zum Abschluss bringen will.

Neben den schon enormen Investitionen in unsere Schulen, die schon Bestandteil des Haushaltsentwurfes sind, werden nochmals zusätzlich 200.000 € bereitgestellt. Dies wird seitens der CDU-Fraktion sehr begrüßt, da der Nachholbedarf in diesem Bereich immer noch erheblich ist. Die Sanierung und Modernisierung von Schulen wird auch in den folgenden Haushalten einen hohen Stellenwert behalten.

Die nunmehr möglichen Investitionen in die Sanierung der maroden Toilettenanlagen der Nordseehalle sieht die CDU-Fraktion auch als dringend notwendig an und wird in keiner Weise in Zweifel gestellt. Gleiches gilt auch für die Klimatisierung des Landesmuseums. Hier geht es nicht darum, wie schon zu hören war, dass die Besucher im Sommer nicht schwitzen müssen, sondern vielmehr darum, dass die wertvollen und einzigartigen Exponate durch den ständigen Temperaturwechsel dauerhaft keinen Schaden erleiden. Auch hier sieht die CDU-Fraktion dringenden Handlungsbedarf.

Ein ganz wesentlicher Aspekt dieses Haushaltes besteht auch darin, dass die Stadt Emden nunmehr einen beachtlichen Betrag als Kofinanzierung für das Landesprogramm "Familien mit Zukunft" zur Verfügung stellt. Gerade über den Einstieg in dieses Programm wird es bedeutungsvolle Möglichkeiten für die Arbeit in Kindergärten und Schaffung von Hortplätzen geben. Auch die Familienhilfe dürfte hiervon profitieren.

Auch für den Ausbau von Radwegen wurden 20.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Obste Priorität soll dabei der Ausbau der Internationalen Dollarroute haben, die in Teilen nur sehr schlecht befahrbar ist. Die CDU-Fraktion erhofft sich daneben auch noch Gelder aus dem Landesprogramm zur Sanierung von Radwegen. Sollte dies gelingen, könnten auch noch weitere Radwege - vor allem Schulwege - saniert oder neu geschaffen werden.

Zuletzt sollte noch erwähnt werden, dass es uns mit diesem Haushalt endlich gelungen ist, für die Jugendarbeit in Wybelsum und auch in Harsweg eine Lösung zu finden, soweit hierfür ein sinnvolles Konzept vorgelegt werden kann.

Abschließend möchte ich noch dem Kämmerer danken, der mit seinen Mitstreitern dies komplizierte Werk des Haushaltes auf den Weg gebracht hat, und uns bei den Beratungen mit seinem Team hilfreich zur Seite stand. Ich glaube, dass der Rat der Stadt Emden mit diesem Haushalt für das Jahr 2007 sowohl Mut als auch Verantwortung bewiesen hat. Soweit wir bei den Verschuldungsständen öfters mit anderen kreisfreien Städten verglichen werden, und dabei auch mahnend der Finger durch Aufsichtsbehörden erhoben wird, möchte ich doch an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass die Stadt Emden noch über ihr gesamtes Tafelsilber verfügt und mit jedem Haushaltsjahr neue Werte schafft. Das unterscheidet uns eben von anderen Städten.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Bongartz für die Ausführungen. Anschließend fährt **Herr E. Bolinius** fort:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vorweg zur Klarstellung von mir: In den letzten Jahren wurde mir ja vorgeworfen, dass meine Haushaltsrede zu umfangreich gewesen sei. In diesem Jahr will ich mich deshalb auf einige wesentliche Punkte beschränken, um die Redezeit so kurz wie möglich zu

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

halten. Naturgemäß werde ich einige Punkte auch ansprechen, die vorhin schon genannt worden sind. Aber es ist ja so: Bei der großen Einigung auch innerhalb der Fraktionen ist es ja nicht so, dass wir unsere Haushaltsreden jetzt auch schon vorher abstimmen. Deswegen müssen sie mit Doppelnennungen heute leben.

Der neu gewählte Rat hat wieder eindrucksvoll über alle Fraktionsgrenzen hinweg bewiesen, wie ernst er diese Verantwortung nimmt und wie er sich über Parteigrenzen hinweg zu wichtigen Regelungen verständigen kann, auch wenn die Grünen in dem einen oder anderen Punkt immer wieder nörgeln. Der Rat der Stadt Emden erfüllt seine Aufgabe dann - nämlich eine wichtige, demokratische Instanz zu sein -, wenn er den Willen der Wähler widerspiegelt. Das ist meines Erachtens bereits seit dem Jahr 2001 - bis auf wenige Ausnahmen - sehr gut gelungen.

Sehr erfreulich ist für die FDP-Fraktion, dass die Hebesätze der Realsteuern, Grundsteuer (A 320 bzw. B 440 v.H. und Gewerbesteuer 420 v.H.), seit 1994 konstant sind. Auch die Gebührenhaushalte „Straßenreinigung“, „Abwasserbeseitigung“ und „Abfallbeseitigung“, die seit dem 1. April 2002 im Eigenbetrieb BEE geführt werden, sind ausgeglichen. Bezüglich der einmal jährlichen Sperrgutabfuhr für alle Haushalte haben wir einen Beschlussvorschlag eingebracht, der von der Verwaltung unterstützt wird und den wir vorhin zurückgenommen haben, um dann eben diesen im Werksausschuss neu zu behandeln und ich hoffe, dass dieser Beschlussvorschlag nicht nur aus Umweltschutzgründen durchgeht. In diesem Zusammenhang möchte ich dem BEE ein Lob aussprechen. Dieser Eigenbetrieb hat sich sehr gut entwickelt. Man merkt wirklich, dass von der Geschäftsführung bis zum kleinsten Mitarbeiter alle mit viel Herzblut ihrer Arbeit nachgehen.

Dieser Haushalt ist der zweite defizitäre Haushaltsplan, den wir zur Abstimmung vorgelegt bekommen haben. Die Einnahmen betragen im Verwaltungshaushalt 120.006.700 € und die Ausgaben 122.701.600 €, es fehlen also rund 2,7 Millionen €. Der Vermögenshaushalt ist mit 10.655.100 € ausgeglichen. Da Gewerbesteuereinnahmen erst in zeitversetzter Form der Stadt zufließen, spiegelt dieser Haushaltsplan nicht die wirkliche Wirtschaftskraft der Stadt Emden wider. Wir können fast täglich der Presse entnehmen, dass die großen Wirtschaftsbetriebe, wie Schiffbau, Automobilbau und Windenergie in unserer Stadt florieren. Eine weitere große Chance bietet sich der Stadt in den kommenden Jahren durch die vorgesehene Industrieansiedlung auf dem Wybelsumer Polder und dem Rysumer Nacken. Ich hoffe nicht, dass die Ausweisung als Vogel- oder Naturschutzgebiet uns einen Strich dadurch machen kann.

Es ist auch nach Ansicht meiner Fraktion richtig, dass der Kämmerer Martin Lutz der Meinung ist, (Zitat) „*dass Emden für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung Ostfrieslands unangefochten der Jobmotor und auch wirtschaftlicher Motor der Region ist*“.

Nach Ansicht des Kämmerers wird es uns in den nächsten Jahren finanziell wieder viel besser gehen. Wenn er Recht behält, und alle Anzeichen sprechen dafür, dann können auch wieder Wünsche umgesetzt werden, auf die wir zur Zeit noch verzichten müssen. Insbesondere bei der Sanierung von Straßen und Gebäuden haben wir einen großen Nachholbedarf, man spricht von rund 20 Mio. €, die dafür eingesetzt werden müssen. Der Kämmerer hat hierfür eine neue Beitragssatzung angekündigt. Er will vorschlagen, dass auch für die Sanierung von Straßen, die es seit Jahrhunderten in unserer Stadt gibt, die Anlieger mit 90 % der Kosten belastet werden. Es ist sicherlich die Aufgabe eines Kämmerers, über Einnahmen nachzudenken, aber hier wird er die Zustimmung der FDP-Fraktion nicht bekommen. Oberste Ziel der städtischen Finanzpolitik bleibt für meine Fraktion, von den rund 100 Mio. € Schulden mittelfristig herunterzukommen.

Das Gesundheitswesen befindet sich derzeit im Umbruch. Zahlreiche Städte haben ihre Krankenhäuser bereits in private Trägerschaften gegeben. Wir setzen uns für eine Standortsicherung des Hans-Susemihl-Krankenhauses in eigener Regie ein. Wir können uns aber jährliche Verluste – in diesem Jahr müssen wir wieder 1,5 Mio. € bereitstellen - auf Dauer nicht leisten.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Deshalb ist das eingeleitete Spar- und Sanierungsprogramm in allen Bereichen des Krankenhauses zu begrüßen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Verwaltung und die Fraktionen noch einmal bitten, alles zu tun, damit wir die hervorragende Rettungsleitstelle in Emden auf dem Krankenhausgelände behalten. Eine Verlagerung nach Wittmund, wie sie von den Landkreisen Leer und Aurich befürwortet wird, lehnen wir strikt ab.

Viele Wünsche, die zusätzlich in den Haushalt aufgenommen wurden, konnten eingestellt werden, weil wir rund 90 Häuser an die städtische Gewoba für rund 1,5 Mio. € verkaufen wollen. Dabei wurde mit der Verwaltung vereinbart, dass den bisherigen Mietern keine Nachteile entstehen. Nur diesen Mietern dürfen die Wohnungen auch zum Kauf angeboten werden. Spekulanten ist damit ein Riegel vorgeschoben worden.

Dass jetzt endlich Bewegung bezüglich des Verkaufs von Gebäuden und Flächen auf dem ehemaligen Kasernengelände gekommen ist, wird von der FDP nachdrücklich begrüßt. Wir hoffen sehr, dass sich die Vereine Blau-Gelb Barenburg und Kickers Emden auf eine gemeinsame Nutzung der Plätze und des geplanten Sportparks einigen. Das sollte im Sinne des Emdersports möglich sein. Vielleicht kann man eine Art Holding gründen, um beide Vereinen selbstständig am Leben zu erhalten. Für die FDP ist die erzieherische Funktion des Sportes ein zentrales Anliegen. Daneben kann soziale Kompetenz durch Teamarbeit, Toleranz und Fairness gefördert werden. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist der Sportverein eine Art Heimat, die ihnen nicht genommen werden darf. Deshalb bin ich nicht der Ansicht, dass auch nur ein Sportverein aufgelöst werden sollte. Die Mittel in diesem Haushalt sind in Absprache zwischen Stadt-sportbund, Verwaltung und Fraktionen für die 58 Sportvereine mit ihren mehr als 19.500 Mitgliedern eingesetzt worden. Es gab keine Probleme.

Unsere Wünsche, endlich mit der Planung einer Grünen Welle im Straßenverkehr, mit der Umgestaltung des Stadtgartens, des Katerganges und Umsetzung des Walkkonzeptes zu beginnen, wurden finanziell im Haushalt abgesichert.

Ein Schritt in die richtige Richtung wird auch mit Beginn der Sanierung der Toiletten in der Nordseehalle getan. Diese Finanzmittel werden durch erhöhte Einnahmen bei Vermietung sehr bald wieder hereinkommen, da sind wir sicher. Nach Ansicht meiner Fraktion kommen auch die Schulen mit zusätzlichen Ansätzen in beträchtlicher Höhe in diesem Haushalt nicht zu kurz. Bereits in den vergangenen Haushalten haben wir mehrere Millionen Euro in Schulen investiert, dass sollte - auch von den Grünen - nicht vergessen werden. Auch für Jugendtreffs in verschiedenen Stadtteilen werden erhebliche Mittel bereitgestellt. Meine Fraktion ist sehr erfreut, dass unser Antrag vom Juli 2006, sich an dem Landes-Modell-Projekt „Familie mit Zukunft“ zu beteiligen, mit der Aufnahme von 170.000 € im Haushalt 2007 positiv beschieden wurde.

Nun noch ein paar Worte zu der Küche des Kindergartens der ev.-luth. Paulus-Gemeinde und Grundschule Grüner Weg in Barenburg. Die Fraktionen haben nach vielem Hin und Her eine einvernehmliche Lösung, auch mit den Eltern, gefunden. Erst einen Tag später, als bekannt wurde, dass die Stadt aufgrund des Finanzausgleichs mit höheren Einnahmen rechnen könne, wurde sofort von den Grünen und von einigen Sozialdemokraten aus Barenburg die Forderung einer größeren, teureren Lösung zu Lasten der Stadt erhoben. Diese Forderung konnte meine Fraktion nicht unterstützen. Sollte die Kirche jedoch die restlichen Mittel für eine „große“ Lösung beisteuern, kann man auch nach Verabschiedung des Haushaltes noch einmal darüber reden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die diese Änderung wollen:

„Es kann nicht Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und populär zu machen,“ so hat Werner Fink (Schauspieler) es einmal formuliert. Und ich füge auf Platt hinzu: *„Wi sullten de Pulsstock neet wieder setten, as wi springen können.“*

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei den Emdener Bürgerinnen und Bürgern sowie bei den Firmen, Behörden, Verwaltungen und Institutionen in der Stadt Emden bedanken, die durch ihren Fleiß und mit ihrer Einsatzbereitschaft dafür gesorgt haben, dass die nicht unbeträchtlichen Gelder in diesem Haushalt bereitgestellt werden konnten. Ich möchte mich ausdrücklich für die Arbeit des Kämmerers und seiner Mitarbeiter bedanken, die uns geholfen haben, die Haushaltsberatungen entsprechend durchzuführen.

Meine Fraktion hat im Rat nicht die Mehrheit, trotzdem wurden fast alle unsere Wünsche und Ideen im Haushaltsplan 2007 berücksichtigt. Das hängt auch, wie ich anfangs schon sagte, mit der guten Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen zum Abschluss der Haushaltsberatungen zusammen. Wir gehen mit diesem Haushalt den richtigen Weg und deshalb stimmt die FDP-Fraktion diesem Haushalt zu. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei **Herrn E. Bolinius** für den Vortrag und erteilt anschließend **Herrn Renken** das Wort.

Zitat:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke, dass sie mir das Wort erteilt haben. Ich möchte aber vorab sagen:

Eine gewisse Nachlässigkeit muss ich schon feststellen bei den Vorträgen meiner fraktionsvorsitzenden Kollegen. Ich habe bei Herrn Haase bemerkt, dass er die Straßenunterhaltung auf „0“ angesetzt hat, den Haushalt habe ich nicht feststellen können, da ist ungefähr 1 Mio. € drin. Was zusätzlich kommt, ist der Straßenneubau, den Sie in einer Größenordnung von 800.000,- € etwa beantragt haben. Ebenfalls haben wir keine Reduzierung der Nettoneuverschuldung um 2,29 Mio. €, sondern lediglich eine Reduzierung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt um diese Summe. Die Nettoneuverschuldung ist ja m. E. nach Ihren Anträgen lediglich um 150.000,- € reduziert worden im Kernhaushalt.

Das dritte, was ich bei Herrn Bolinius gerne noch anmerken möchte zum BEE: Es ist ja keinesfalls so, dass wir bei den Abwasserbetrieben kein Defizit haben. Im Gegenteil: Es hat sich dort eines aufgebaut. Auch in diesem Jahr wird von 150.000,- € ausgegangen und das wird zur Konsequenz haben, dass wir dann schon im Laufe dieses Jahres darüber nachdenken müssen, mit welchen Methoden wir dort ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen. Aber lassen wir das jetzt. Ich will auch gerne noch zu der Begründung unserer Position kommen und ich will einfach fragen:

Was sind die großen Zukunftsthemen in unserer Gesellschaft? Wie soll sich davon ausgehend Emden weiterentwickeln? Damit haben wir uns auch in den Haushaltsberatungen zu beschäftigen. Klimawandel und Klimaschutz, demographische Entwicklung und Bildung und Betreuung, das sind Kernthemen, die wir Grüne bei unseren Haushaltsberatungen mitbedacht haben. Unsere Schwerpunkte liegen in diesen Feldern. Gleichwohl haben wir die Konsolidierung des Haushaltes im Auge behalten.

Ich werde darauf zurückkommen, will aber zuvor einige Anmerkungen zum Verlauf der diesjährigen Haushaltsberatungen zwischen den Fraktionen machen. Der Rat wird ja neuerdings aufgeteilt in die großen Fraktionen und in den Rest, wobei die großen Fraktionen sich in der Größe schon unterscheiden. Die größte hat meines Wissens 23 und die nächstgrößere 8 Mitglieder. Aber ich will auch noch dazu bemerken: Die quantitative Größe einer Fraktion ist ja nicht das Maß ihrer politischen Größe. In der vergangenen Ratsperiode war es so, dass sich nach den Beratungen der einzelnen Fraktionen in einer Runde aller Fraktionen auf einen Vorschlag verständigt haben, der bis auf eine Ausnahme zu einstimmigen Haushaltsbeschlüssen geführt hat. Nun hat die SPD die Mehrheit zurückgeholt, und deren Fraktionsvorsitzender gibt neue Spielregeln aus. Wir werden keiner Vorgehensweise zustimmen, die da lautet: Wir haben uns vorab

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

mit CDU und FDP geeinigt und für euch Grüne bleibt dann übrig: Friss Vogel oder stirb! Das wird mit uns in den nächsten Jahren so nicht gehen. Ich will auch daran erinnern, dass Sie es doch waren, die wiederholt erklärt haben, wir sind ein Rat und kein Parlament. Dann handeln Sie bitte in Zukunft auch so!

Konsolidierung

Das Änderungspaket im Vermögenshaushalt, das heute beschlossen wird, wird erstens durch den erwarteten Erlös aus dem Verkauf städtischer Wohnungen an die Gewoba und zusätzlicher Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich finanziert. Man muss ganz klar sagen: Dies sind einmalige Effekte, die sich im nächsten Jahr so nicht wiederholen werden. Ob das Land im nächsten Jahr noch einmal 75 Mio. € zusätzlich herausrückt, nachdem es vorher für mehrere Jahre 150 Mio. € herausgekürzt hat, wer will das wissen. Herr Lutz hat zu Recht den neuen Flächenfaktor kritisiert und auf die negativen Folgen für die Städte hingewiesen. Die Wohnungen kann man nur einmal verkaufen! Und man muss ganz offen sehen: Die Gewoba wird zur Finanzierung Kredite aufnehmen müssen, so dass in der Konsequenz Verschuldung aus dem Kernhaushalt in die städtische Gesellschaft verschoben wird. Auch wie die Umsetzung der Pläne für ein kostenloses drittes Kindergartenjahr sich auf die Finanzen der Stadt auswirken wird, bleibt vorerst unklar. So deutlich wir auch diese Initiative der Landesregierung begrüßen – auch wenn sie ohne Frage vom bevorstehenden Landtagswahlkampf bestimmt wird – so deutlich müssen die Städte darauf drängen, das in der Umsetzung gilt: Wer bestellt, der bezahlt! Eine Benachteiligung durch eine pauschale Förderung, welche die bestehenden Ganztagsangebote und deren Ausbau nicht berücksichtigt, darf es nicht geben!

Worauf kann sich also vor allem die Erwartung in den nächsten Jahren richten: auf eine Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt, die zu höheren Einnahmen der Gewerbesteuer führt. An Spekulationen über die Höhe werden wir uns gleichwohl öffentlich nicht beteiligen. Wir vertrauen zunächst den Daten, die der Kämmerer und seine Mitarbeiter dem Rat vorlegen.

Ich sage es ganz deutlich: Wir hätten heute gerne einen Haushaltsplan verabschiedet, in dem die im Kernhaushalt und im Gebäudebetrieb insgesamt enthaltene Nettoneuverschuldung auf Null zurückgeführt wird. Dies wäre auch möglich gewesen, wenn Sie von der SPD die Kraft gehabt hätten, erstens die Begehrlichkeiten in Ihren eigenen Reihen auf die zentralen Aufgaben zurückzuschrauben und zweitens das von der SPD-CDU-FDP-Haushaltskoalition dem Rat vorgelegte Änderungsprogramm mehr gewesen wäre als die Addition eines Wunschkatalogs dreier Fraktionen.

Vom Sparwillen und dem Vorrang der Konsolidierung war hier nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die SPD wollte zunächst per Fraktionsbeschluss die Einnahmen aus der Gewerbesteuer so erhöhen, dass ihre Ausgabenwünsche ins Bild passten. Auch was nicht zusammenpasst, muss passend gemacht werden, so lautete die eigenwillige und in der Geschichte des Rates einmalige Devise der Mehrheitsfraktion. Dies ist für uns undiskutabel, habe ich bereits im Finanzausschuss deutlich gemacht, und der Oberbürgermeister hat die SPD-Fraktion in der Presse zu Recht dafür kritisiert. Erst durch den in der Höhe unerwarteten Nachschlag durch den Kommunalen Finanzausgleich wurde dieses Thema zumindest für dieses Jahr beerdigt. Wir sind gespannt, ob Wiederholungsgefahr droht.

Ein Wort zu der umgehenden heftigen Kritik an der Idee unseres Kämmerers, eine Straßenausbaubeitragssatzung einzuführen. Ein heikles Thema, weil es mit finanziellen Belastungen der Wohnungseigentümer und Mietern an auszubauenden – und nicht neuzubauenden Straßen verbunden ist. Zu Recht wird die Frage der Gerechtigkeit gestellt. Trotzdem sollte man die Diskussion gründlich führen und Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Es kann dann einen Vorteil bringen, wenn die Beiträge in den Straßenausbau zurückfließen. Denn mit Hilfe der Bürger wird die Stadt dann in der Lage sein, die Sanierung maroder Straßen insgesamt zügiger durchzuführen und den Sanierungsstau abzubauen. Aber dieser Vorteil wird eben von der Bereitschaft abhängen, den eigenen Beitrag auch zu leisten. Eine vorschnelle Ablehnung des Vor-

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

stoßes des Kämmerers durch die Politik ist für eine sachgerechte Entscheidungsfindung nicht hilfreich.

Schulsanierungsprogramm fortsetzen

Der Rat hat 2003 mit großer Mehrheit dem vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Programm „Allianz der Vernunft“ zugestimmt. Darin war das Versprechen enthalten, und dies war auch Bedingung für die Zustimmung der Grünen-Fraktion, dass dem neu gegründeten Gebäudebetrieb 5,5 Mio. € für die Sanierung von Schulen zur Verfügung gestellt wird. Bislang sind dafür 5 Mio. € eingestellt worden.

Wir fordern aber nicht mehr und nicht weniger, als dass auch die restlichen 500.000 € nun bereitgestellt werden. Die Schulen erwarten von Ihnen, dass dieses Versprechen nicht gebrochen, sondern gehalten wird! Kosmetische Maßnahmen wie die Zuordnung der BBS reichen eben nicht, um das Budget für Sanierungsmaßnahmen aufzubessern. Denn nach Aussagen des Gebäudemanagements sind bereits die Mieten für die Schulgebäude so knapp bemessen, dass notwendige Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen daraus nicht finanziert werden können. Dies hat letztlich auch unser Kämmerer Herr Lutz zugestanden.

Wir Grüne setzen uns weiter ganz deutlich für den Schwerpunkt „Weiterentwicklung der Schulen“ ein. Dies hat für uns Vorrang vor anderen Bereichen. Es geht auch auf kommunaler Ebene darum, dass wir international Anschluss an die Bildungserfolge Finnlands und anderer Länder finden. Die Kommune kann zwar nicht ein zukunftsweisendes Schulsystem einführen, wie es wünschenswert wäre. Aber sie kann weiterhin dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer bessere Bedingungen für Lernen und Arbeiten in den Schulen vorfinden. Dafür ist in den letzten Jahren gemeinsam von Rat und Verwaltung bereits viel auf den Weg gebracht worden. Es darf darin keinen Stillstand geben!

Ein weiterer Aspekt ist uns dabei wichtig: Mit der Sanierung der Schulen wird eine doppelte Rendite erzielt: Sie ist nicht nur ein Programm für Beschäftigung im Handwerk, sondern zugleich ein Beitrag zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz. Unser Antrag ist eine Maßnahme mit eingebautem Klimaschutzfaktor!

Gemeinsame Küche in Barenburg

Warum setzen wir uns weiterhin für eine gemeinsame Küche von Kindergarten und Schule in Barenburg ein? Auch wir haben uns auf dem Treffen im Kindergarten der Paulus-Gemeinde am Tag vor der Nachricht über die zusätzlichen Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich in der Lage gesehen, einer kleinen Lösung zustimmen zu müssen, um vor allem dem Wunsch der Eltern nach einer raschen Abhilfe für die seit Jahren bestehenden Missstände nachzukommen. Aber das Argument, eine große Lösung sei wegen zu hoher Kosten nicht finanzierbar, war einen Tag später so vom Tisch. 600.000 € zusätzliche nicht eingeplante Hilfen des Landes für kommunale Investitionen standen zur Verfügung. Es ist gegenüber den Einrichtungen und vor allem den Eltern und Kindern in dieser veränderten Situation nicht mehr darstellbar, warum nicht der Schritt nach vorn gemacht wird. In den Schreiben vom Kindergarten und der Grundschule Grüner Weg an die Fraktion wurde dies in dieser Woche noch einmal deutlich. Drei Jahre wurde der Kindergarten immer wieder aufs Neue vertröstet. Nun gibt es eine reale Perspektive für die große Lösung, die nach wie vor auch von der Paulus-Gemeinde als die bessere Lösung angesehen wird. Weitere Kindergärten im Stadtteil haben bereits ihr Interesse an einer kindgerechten Essensbelieferung bekundet, die zudem in der Lage ist, auf die besonderen Belange der verschiedenen Kulturkreise im Stadtteil einzugehen.

Ein weiteres Argument für den Weg, den wir vorschlagen, ist doch: Wenn Sie heute der kleinen Lösung für den Küchenneubau zustimmen werden, ist der Weg für eine Erweiterung verbaut. Das Gegenbeispiel: Die Klimatisierung des Landesmuseums lässt sich dagegen ohne weiteres für den Museumsbetrieb auf 2008 oder 2009 verschieben. Dies ist eine zumutbare Alternative. Dann haben wir mit der nötigen Weitsicht am Ende beide Projekte realisiert.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Ich will in diesem Zusammenhang das Thema Kinderarmut erwähnen. Es ist doch ein Trauerspiel, dass der Exportweltmeister Deutschland in der kürzlich veröffentlichten Studie von Unicef auf dem 11. Platz von 24 OECD-Staaten gelandet ist. Und die Kinderarmut hat durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II weiter zugenommen. Wir müssen diese Problematik in Emden weiter verfolgen und die Not der Kinder lindern. Dazu gehört ganz wichtig auch der Zugang zu einem bezahlbaren Essen an den Schulen. In Emden muss dafür bis zu 2,50 € gezahlt werden. Die Stadt Norden bezuschusst das Essen, so dass der Preis auf 1 € gesenkt werden kann. Wenn es stimmt, dass in den Berechnungen für Arbeitslosengeld II-Beträge für die Kinder von Kosten für ein Mittagessen von 1 € ausgegangen wird, dann dürfen wir von diesen Kindern auch keinen höheren Beitrag verlangen, um ihnen eine regelmäßige Teilnahme am Schulesse zu ermöglichen. Auch hierzu kann eine Küche, wie wir sie Ihnen vorschlagen, einen Beitrag leisten.

Schlussbemerkung:

Wir werden unsere Änderungsvorschläge dem Rat zur Abstimmung stellen. Damit ist keine höhere Verschuldung verbunden, denn die Gegenfinanzierung steht mit dem Aufschub für die Klimatisierung des Landesmuseums und der maßvollen Reduzierung der Mittel für die Straßensanierung. Wenn es stimmt, dass der Rat kein Parlament ist, hat jeder von Ihnen unabhängig von seiner Fraktionszugehörigkeit heute die Möglichkeit, sich für Projekte zu entscheiden, die für die Zukunft unserer Kinder eine große Bedeutung haben, mehr als andere Dinge, die heute vorgelegt werden.

Ich kann Ihnen gleichwohl ankündigen, dass wir in der Gesamtabstimmung bei Ablehnung unserer Anträge dem Haushalt 2007 zwar nicht zustimmen werden; aber als ein Zeichen guten Willens für die künftige Zusammenarbeit und weil wir eine Vielzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen ebenfalls unterstützen, werden wir uns der Stimme enthalten.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich bei Herrn Renken für seinen Vortrag und erteilt **Herrn Koziolk** das Wort:

Zitat:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Damen und Herren, für uns ist der Haushalt ein absolutes Neuland. Wir sind das erste Mal dabei und haben natürlich auch nicht so viel Erfahrung damit. Deswegen halte ich die Rede auch extrem kurz.

Am meisten Hilfe haben wir von dem Stadtkämmerer Lutz bekommen. Von den Fraktionen haben wir nur mit Herrn Haase ein kurzes Gespräch gehalten. Von den anderen Fraktionen leider überhaupt nichts. Ich hätte mir das sehr gewünscht, eben weil wir viele Fragen haben, neu damit umgehen müssen. Der Haushalt ist ein großer Haushalt. Wir reden hier von Ökonomie. Ökonomie ist der Grundbegriff aller Wirtschaftsbereiche und die kleinste Wirtschaftsform ist eben die Hauswirtschaft, die wir zu Hause durchführen.

2,2 Mio. € für die Tilgung des Defizites sind angesetzt. Diese Zahl täuscht. Da ja das Krankenhaus selber schon mit 1,5 Mio. € belastet ist, haben wir nur noch eine Tilgungssumme von 700.000,- € . Am ehesten gefällt mir der Haushalt der Grünen. Ich würde mich dem am ehesten anschließen wollen. Unser Motto ist ja, vorhandenes Geld möglichst den Schwächsten zur Verfügung zu stellen, z. B. dem Bildungswesen. Im Haushalt der SPD-Fraktion sehe ich hierfür nur 200.000,- € . Dies ist zu wenig.

Was die Sanierung der Gebäude anbelangt, haben wir extreme Defizite, aber auch sehe ich z. B. Bedarf an Nachhilfeförderung in den Hauptfächern, wie Deutsch und Mathematik. Das ist ja extrem, was man in den Zeitungen hierüber liest. So etwas kann man auch an Ganztagschulen leisten, dafür brauchen wir auch Geld.

Zur Gewoba sehe ich auch nicht unbedingt, dass die 1,5 Mio. € nun zusätzlich „verbraten werden können“. Diese Summe hätte ich gerne für die Tilgung des Krankenhauses angesetzt. Ein Problem sehe ich dahingehend, dass Mieten z. B. auch erhöht werden müssen, da diese Woh-

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

nungen sehr sanierungsbedürftig sind (Nachteile für die Mieter). Die Stadt Emden will das ja nicht tragen.

Den Vorschlag für die Küche Grundschule Grüner Weg/Kindergarten Paulus-Gemeinde trage ich auf jeden Fall mit. Die Weihnachtsbeihilfe ist von allen Fraktionen nicht unbedingt erwünscht, obwohl ich denke, dass auch Gelder hierfür durchaus freigemacht werden können.

Für das nächste Jahr würde ich mir mehr Gespräche mit den anderen Fraktionen wünschen, um mit dem Haushalt besser klarzukommen.“

Herr Dr. Kleinschmidt bedankt sich für den Vortrag von Herrn Koziolk.

Herr Bornemann meint, wenn Herr E. Bolinius ihm bezüglich der Küche Grüner Weg/Kindergarten Paulusgemeinde Populismus vorwerfe, dann bedaure er sehr, nicht verstanden worden zu sein. Er verweist auf die ursprünglichen Pläne des Kindergartens, in denen eine Sprachförderung sowie eine Toilette für die männlichen Bediensteten enthalten gewesen seien. Ihm sei bewusst, dass eine Vereinbarung zwischen verschiedenen Fraktionen zum Haushalt ein empfindliches Gebilde sei. Deswegen hätte sich die SPD-Fraktion mit großer Mehrheit dieser Vereinbarung verpflichtet gefühlt. Aber dennoch müsste es ihm erlaubt sein, wenn er an einem Punkt, von dem er nun wirklich zutiefst überzeugt sei, anderer Meinung sei. Und deshalb bitte er alle Ratsmitglieder, noch einmal zu überlegen, ob die vereinbarten Mittel, die nach der großen Übereinkunft in den Haushalt eingestellt werden sollten, zu einer richtigen Lösung führen. Er führt drei Gründe an, die für die große Lösung sprächen.

Er sei bisher der Meinung gewesen, dass gerade der Anbau für die Essensversorgung in Barenburg seit mittlerweile drei Jahren ein „gemeinsames Fass“ gewesen sei, an dem alle Fraktionen gemeinsam gearbeitet hätten und wo auch immer wieder an verschiedenen Stellen verschiedene Zusagen gemacht worden seien. Deshalb könne er mit dieser Lösung nicht zufrieden sei. Er befürwortet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen statt der 42.000,- € 150.000,- € in den Haushalt einzustellen und beantragt, über die Punkte des Antrages getrennt abzustimmen. **Herr Renken** stimmt der Einzelabstimmung zu. **Herr Dr. Kleinschmidt** lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage III zur Vorlage 15/0073-01 abstimmen:

1) 20000.9820	Inv. Kostenzuschuss an Betrieb 806	500.000,- €
	Fortsetzung Schulsanierungsprogramm	

Dafür:	4
Dagegen:	36
Enth.:	0

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

2) 4647.9885	Investitionszuschuss für Kinderkrippen	30.000,- €
	Erhöhung des Ansatzes auf 60.000,- €	

Dafür:	4
Dagegen:	36
Enth.:	0

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt

3) 4647.988X	Investitionszuschuss für Küche Kiga/GS Grüner Weg	150.000,- €
	Gemeinschaftskonzept	

Dafür:	10
Dagegen:	30
Enth.:	0

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt

4) 4648.9605 Grundsanie rung Kinderspielplätze 50.000,- €
Erhöhung des Ansatzes auf 100.000,-- €

Dafür: 4
Dagegen: 36
Enth.: 0

Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt dann über den Antrag der Fraktion Die Linke. abstimmen:

1. 3400.71xx Für Naturforschende Gesellschaft 2.500,00 €
Verlustausgleich

Dafür: 2
Dagegen: 38
Enth.: 0

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt

2. 4xxx.71xx Weihnachtsbeihilfe ALG II 85.000,00 €
Für Kinder u. Jugendliche bis 18 Jahre

Dafür: 2
Dagegen: 37
Enth.: 1

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Herr Dr. Kleinschmidt lässt anschließend über die Vorlage 15/0073/1 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/0073/1 als Anlage I beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 36
Dagegen: 2
Enth.: 2

TOP 13 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836
Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010
Vorlage: 15/0074/1

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2007 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst und 806 Gebäudemangement bis 2010.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 36
Dagegen: 2
Enth.: 2

TOP 14 Haushaltssicherung
Vorlage: 15/0162/1

Beschluss:

Der Rat beschließt

- a) das der Vorlage 15/0162-01 beigefügte Haushaltssicherungskonzept und
- b) den beigefügten Haushaltssicherungsbericht 2007

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0076

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt

in Einnahmen und Ausgaben mit je 344.600 €

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Erschließungsbeiträge in der "Uferstraße";
- Bildung eines abrechnungsfähigen Abschnittes
Vorlage: 15/0127

Beschluss:

Die Teilstrecke der „Uferstraße“ von der Querstraße K 39 „Wolthuser Straße“ bis zur ersten Straßenkante der Einmündung „Hinne-Rhode-Straße“ (siehe anliegendem Lageplan zur Vorlage-Nr. 15/ 0127) bildet einen Abschnitt gemäß § 130 II S.1 2. Alt., S.2 1. Alt. BauGB.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

TOP 17 Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan D 146, Teil I und zur 50. Änderung des Flächennutzungsplanes (Eisenbahndock)
Vorlage: 15/0178

Beschluss:

Die Stadt Emden schließt mit der Emden Bau & Boden GmbH, Große Straße 10 – 12, 26721 Emden, einen städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zum Bebauungsplan D 146, Teil I und zur 50. Änderung des Flächennutzungsplanes (Eisenbahndock).

Ergebnis: einstimmig

TOP 18 Bebauungsplan D 146 Teil 1 (Bereich Eisenbahndock)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)
Vorlage: 15/0177

Beschluss:

1. Die in der Anlage zur Vorlage beigefügten Anregungen 13 a + b, 21 a + b und 23 werden berücksichtigt.

Die Hinweise und Anregungen 14, 15, 18, 19, 20 a + b, 22, I, II, III, IV und V werden ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.

Die übrigen in der Anlage genannten Hinweise und Anregungen betreffen die nachgelagerten Planungen und werden dort berücksichtigt. Ein Teil der Hinweise wird redaktionell in Planzeichnung und Begründung übernommen.

2. Der Bebauungsplan D 146, Teil I, mit gestalterischen Festsetzungen nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 19 Überführung des Regionalen Umweltzentrums Ökowerk Emden in die Trägerschaft der in Gründung befindlichen Bürgerstiftung Ökowerk Emden
Vorlage: 15/0186

Ergebnis: zurückgestellt

TOP 20 Verbesserung der Vertretung des Denkmalschutzes;
- Bestellung einer Beauftragten für die Bau- und Kunstdenkmalpflege gemäß Niedersächsischem Denkmalschutzgesetz § 22
Vorlage: 15/0103

Beschluss:

Frau Dipl.-Ing. Luise Fauerbach-Geiken wird zur Beauftragten für die Bau- und Kunstdenkmalpflege für die Stadt Emden bestellt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

TOP 21 Benennung von Straßen;
- Benennung des Fuß- und Radweges entlang des Trecktiefs - Treidelpadd
Vorlage: 15/0157

Herr Dr. Kleinschmidt verweist auf den in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Erwachsenenbildung am 29.01.2007 gefassten abweichenden Beschluss.

Beschluss:

Der Fuß- und Radweg entlang des Trecktiefs wird „Treidelpadd“ benannt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 22 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben
Vorlage: 15/0122/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/0122 als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben einschließlich des Kosten- und Gebührentarifes.

Ergebnis: einstimmig

TOP 23 8. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975
Vorlage: 15/0123

Herr Dr. Kleinschmidt verweist auf den in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.01.2007 gefassten abweichenden Beschluss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 15/0123 als Anlage beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Satzung über Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Emden vom 26.06.1975.

Ergebnis: einstimmig

TOP 24 12. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden
Vorlage: 15/0124

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Beschluss:

Die der Vorlage 15/0124 als Anlage beigefügte 12. Änderung der „Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden vom 15. November 1971“ wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 25 Wirtschaftsplan 2007 des Bau- und Entsorgungsbetriebes
Vorlage: 15/0130

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage 15/0130 als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Bau- und Entsorgungsbetriebes für das Jahr 2007.

Die geplanten Erlöse und der geplante Aufwand des Eigenbetriebes für das Jahr 2007 belaufen sich auf 15.770.100 €. Die Darlehensaufnahme ist geplant mit 5.421.500 €. Zusätzlich wird ein Kassenkredit bis zu einem Höchstbetrag von 800.000 € festgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 26 Beteiligungsbericht der Stadt Emden 2007
Vorlage: 15/0198

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 27 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2005 des Rettungsdienstes Emden (Trägerverwaltung Betrieb 836)
Vorlage: 15/0165

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 28 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2005 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH)
Vorlage: 15/0166

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 29 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 der Volkshochschule Emden e.V.
Vorlage: 15/0167

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

TOP 30 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 der Musikschule Emden e.V.
Vorlage: 15/0168

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 31 Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 15/0181

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 32 Ehrenbürgerschaften der Zeit 1933 - 1945
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2006
Vorlage: 15/0189

Herr Dr. Kleinschmidt erläutert die Vorlage. **Herr Mecklenburg** erklärt, der SPD-Fraktion gehe es um die Aufklärung evtl. bestehender Ehrenbürgerschaften aus der Zeit von 1933 bis 1945. Falls diese Arbeit dazu führen werde, dass noch Ehrenbürgerschaften aus dieser Zeit beständen, bitte er darum, entsprechende Entziehungsvorlagen für die nächste Ratssitzung zu erstellen.

Herr Ammersken bittet im Namen der FDP-Fraktion um Verweisung des o. a. Antrages in den Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung. **Herr Brinkmann** lehnt dies ab und stellt die Reihenfolge der einzelnen Ausschüsse klar. **Herr Bongartz** bittet um Bekanntgabe der Ergebnisse im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung. **Herr Brinkmann** stimmt dem zu.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 33 Änderung der §§ 18 und 20 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse der Stadt Emden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.01.2007
Vorlage: 15/0190

Herr Ammersken erläutert den o. a. Antrag der FDP-Fraktion. **Herr Haase** erklärt, in Anbetracht des neuen Kulturbüros sehe er es als durchaus berechtigt an, wenn der Leiter des Kulturbüros im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung ein beratendes Mandat erhalte. Für den Leiter der Musikschule sehe er hier keine Notwendigkeit. Die SPD-Fraktion werde den o. a. Antrag ablehnen.

Herr Ammersken bittet um Konsequenz in der Angelegenheit. Seines Erachtens sollte versucht werden, die Leistungen der Musikschule und der Volkshochschule gleichwertig zu behandeln. Wenn nicht eine andere Regelung getroffen werde, sollte der Leiter der Musikschule Emden e. V. mit in den Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung mit aufgenommen werden.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Herr Bongartz erkundigt sich, ob es von der Nds. Gemeindeordnung (NGO) her zulässig sei, noch jemanden in diesen Ausschuss aufzunehmen, der nicht Ratsmitglied sei. **Herr Brinkmann** erwidert, dass 2/3 des Ausschusses gem. § 51 (7) NGO Ratsmitglieder sein sollten. Der Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung habe bereits 11 Mitglieder und vier beratende Mitglieder. Mit weiteren Berufungen sollte daher vorsichtig umgegangen werden.

Herr Renken zitiert hierzu aus der Kommentierung von Thiele. Danach könne von der Vorschrift, dass mindestens 2/3 der Ausschussmitglieder Ratsmitglieder sein sollten, aus gewichtigen, sachlichen Gründen abgewichen werden, z. B. um bestimmte Fachleute, die verschiedene Bevölkerungsgruppen gleichmäßig vertreten, zur Mitarbeit heranzuziehen. Nichtsdestotrotz lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine weitere Aufstockung ab.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erhöhung der Anzahl der beratenden Mitglieder im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung um eins.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

TOP 34 Resolution zur angekündigten Auflösung der Wetterwarte Emden;
Antrag der FDP-Fraktion vom 27.12.2006
Vorlage: 15/0191

Herr Fooken erläutert, es gehe der FDP-Fraktion nicht darum, sich parteipolitisch in irgendeiner Weise zu profilieren bzw. Emden gegen Norderney auszuspielen, sondern darum, beide Wetterwarten zu erhalten.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass Vertreter der Wetterwarte in einem Gespräch ihre Unmut über die geführte Diskussion zum Ausdruck gebracht hätten. Er erklärt, dass der 2. Satz im 2. Absatz der Resolution sachlich nicht korrekt sei. **Herr Jahnke** erklärt, die SPD-Fraktion könne dem Antrag zustimmen. Seine Fraktion hätte den zuständigen Bundestagsabgeordneten über das Interesse des Rates, Arbeitsplätze in Emden zu erhalten, bereits informiert.

Herr Bongartz bemängelt, dass die Resolution mittlerweile schon enorm gekürzt worden sei. Zudem seien auch in anderen Bereichen schon viele Arbeitsplätzen verloren gegangen, mit denen der Rat sich auch nicht beschäftigt hätte. Er verweist auf die Weiterentwicklung der Technik. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage 15/0191 nicht zustimmen.

Herr Fooken meint, im Gegensatz zu den Kollegen der CDU-Fraktion hätte die FDP-Fraktion von den Mitarbeitern Informationen erhalten, die sehr wohl für den Erhalt der Wetterwarte sprächen. **Herr Renken** glaubt nicht an die große Wirkung einer solchen Resolution. Er finde es schade, heute im Rat eine solche Debatte führen zu müssen. Dies sei nicht im Interesse der Mitarbeiter und nicht im Interesse des Standortes der Wetterwarte. Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich der Stimme enthalten. **Herr Götze** spricht sich gegen die Vorlage 15/0191 aus. **Herr Fooken, Herr Bongartz** und **Herr Graf** nehmen Stellung.

Um nicht eine strittige Resolution verabschieden zu müssen, schlägt **Herr Brinkmann** vor, in seinem Namen an den Deutschen Wetterdienst zu schreiben und sich im Namen des Emdener Rates für den Erhalt der Wetterstation auszusprechen. **Herr E. Bolinius** und **Herr Bongartz** stimmen dem Vorschlag im Namen ihrer Fraktionen zu.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Rates

Abweichender Beschluss:

Der Oberbürgermeister setzt ein Schreiben an den Deutschen Wetterdienst auf, in dem er sich für den Erhalt der Wetterwarte Emden ausspricht.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür:	39
Dagegen:	1
Enth.:	0

TOP 35 Petkumer Deichvorland
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2006
Vorlage: 15/0118

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgestellt

TOP 36 Durchführung einer jährlichen kostenlosen Sperrgutabfuhr
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2007 -
Vorlage: 15/0201

Ergebnis: Verweisung an den Fachausschuss

TOP 37 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.